

## Zusammenfassung – Safe For Some

Die Reaktion der Europäischen Union (EU) und der europäischen Staaten auf die Ankunft von geflüchteten Personen aus der Ukraine war in vielerlei Hinsicht einzigartig. Die europäischen Regierungen und Institutionen haben gezeigt, dass sie in der Lage sind, zielgerichtete politische Maßnahmen zu ergreifen, um auf die größte Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg zu reagieren und flüchtende Kinder wirksam zu unterstützen.

Zum ersten Mal seit Erlass wurde Gebrauch von der sogenannten Massenzustrom-Richtlinie gemacht. Dabei handelt es sich um ein europäisches Rechtsinstrument. Dieses ermöglicht es, einer großen Anzahl von Menschen, die in Europa Sicherheit suchen, sofortigen Schutz zu gewähren. Diese Richtlinie findet bis März 2024 Anwendung, anschließend kann diese mit einem Beschluss des Rates der Europäischen Union auf ein weiteres Jahr verlängert werden. Weitere Nachbarstaaten der EU, wie Norwegen, haben ähnliche Maßnahmen verabschiedet. Die jeweiligen nationalen Regierungen unternahmen erhebliche Anstrengungen und stellten beträchtliche Mittel zur Verfügung, um sicherzustellen, dass Kindern aus der Ukraine der Zugang zu Schutz, Bildung und Gesundheitsversorgung ermöglicht wird. Diese Bemühungen sind positiv anzuerkennen, und Save the Children möchte diesen Bericht zum Anlass nehmen, um dieses Engagement ausdrücklich zu würdigen.

Bedauerlicherweise steht die Aufnahme von geflüchteten Personen aus der Ukraine in einem starken Kontrast zu der Bereitschaft, geflüchtete Menschen aus anderen Herkunftsländern in Europa aufzunehmen. Im Vergleich zu den Jahren 2015 und 2016 - die Jahre der sogenannten „Flüchtlingskrise“ - haben im Jahr 2022 fast doppelt so viele Menschen aus der Ukraine in EU-Staaten Schutz beantragt. Dennoch kann die politische Reaktion von damals hierfür bestenfalls als dysfunktional und schlimmstenfalls als grausam bezeichnet werden. Zahlreiche der in dieser Zeit geschaffenen Regelungen sind stark restriktiver Natur und hatten zur Konsequenz, dass der Zugang zu Schutz maßgeblich erschwert und die Ankunftsbedingungen sich verschlechterten. Auch die Weiterreise von einem EU-Land in andere waren von enormen Schwierigkeiten geprägt und immer wieder gab es Berichte über rechtliche und tatsächliche Hindernisse bei der sogenannten „Sekundärmigration“.

Basierend auf den Forschungsergebnissen von Save the Children, für diesen Bericht durchgeführten Interviews und Erfahrungswerten aus 13 europäischen Ländern werden in diesem Bericht die Folgen für Kinder der jeweils implementierten politischen Maßnahmen von der EU und den europäischen Staaten untersucht.

## Die Grenzen Europas: Tod und Gefahr für Kinder auf der Flucht

Wann immer Kinder zur Flucht gezwungen werden, sind sie einem erhöhten Risiko von Missbrauch, Ausbeutung, Menschenhandel und Gewalt ausgesetzt. Neben diesen unmittelbar durch die Flucht ausgelösten Risiken haben auch sogenannten sekundäre Faktoren von Vertreibung - wie schlechte Lebensbedingungen in überfüllten Sammelunterkünften und fehlender Zugang zu Bildungsmöglichkeiten - weitere tiefgreifende Folgen für das Wohlergehen von Kindern.

Laut Zahlen von UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) ist seit 2019 etwa einer von 50 geflüchteten Menschen und Migrant\*innen auf der sogenannten Mittelmeerroute gestorben oder verschwunden. Viele dieser Todesfälle wären vermeidbar und sind das Ergebnis von politischen und behördlichen Entscheidungen. Legale Zugangswege nach Europa existieren nur spärlich. Ganze 90% der Personen, denen internationaler Schutz gewährt wird, erreichen die europäischen Länder deshalb auf sogenannten irregulärem Einreisewegen. Viele Menschen sind

häufig auf immer gefährlichere und oft tödliche Reisen angewiesen, einschließlich der Überquerung der Meere in überfüllten und seeuntauglichen Schlauchbooten oder auf der sogenannten „Balkanroute“. Die grausamen und oft gewaltvollen Erfahrungen von Kindern an der Grenze zur EU hat Save the Children vielfach dokumentiert, zuletzt im Bericht „[Whereever we go, someone does us harm](#)“.

Todesfälle und Verletzungen physischer und psychischer Natur an den europäischen Land- und Seegrenzen sind zum Teil auf gewaltsame und illegale Maßnahmen wie Pushbacks zurückzuführen, mit denen europäische Regierungen Menschen an der Einreise hindern wollen.

Kinder sind bei diesen Maßnahmen systematisch Gewalt ausgesetzt. In den Interviews beschrieben Kinder, dass sie teilweise nackt ausgezogen wurden, in der Kälte stehen mussten, Elektroschocks erhielten und mit Schlagstöcken geschlagen worden sind. Bei den Gewalttäter\*innen an den europäischen Grenzen handelt es sich häufig um Grenzpolizist\*innen, aber auch um Menschenhändler\*innen und ihre Kompliz\*innen. Da selten sichere und legale Einreisemöglichkeiten nach Europa sowie die Möglichkeit für Beantragung auf Asyl für Kinder gegeben sind, sind sie gezwungen, sich auf oft ausbeuterisch und gewalttätig vorgehende Menschenhändler\*innen zu verlassen. Sie sind ebenso oft dazu gezwungen, gefährliche Seereisen auf untauglichen Schiffen zu unternehmen.

### **Beschränkung der Bewegungsfreiheit sind einer der Hauptursachen für das Leid von Kindern**

Aber auch nach der Ankunft sind zahlreiche Kinder mit weiteren Schwierigkeiten und rechtlichen Hürden konfrontiert: So schränken viele der EU-Staaten das Recht auf Bewegungsfreiheit massiv ein. Dies hat zahlreiche negative Konsequenzen für Kinder, wie im Folgenden exemplarisch illustriert.

Auf den griechischen und kanarischen Inseln sowie den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla, in Süditalien oder in anderen Regionen führen diese Beschränkungen regelmäßig zu erheblicher Überbelegung von Unterkünften für geflüchtete Menschen, die schlecht bzw. ungenügend ausgestattet sind. Nach wie vor gibt es beunruhigende Berichte über die Inhaftierung von Kindern. Erhöhte Gewalt- und Ausbeutungsrisiken sind zwei der Konsequenzen, und hiervon sind insbesondere Frauen, Kinder und Alleinreisende Jungen betroffen.

Nach wie vor sieht die Dublin-Verordnung vor, dass Asylverfahren primär in dem Land durchgeführt werden müssen, in welchem Schutzsuchende zuerst EU-Boden betreten. Die praktische und rechtliche Bedeutung dieser Regelung ist vielfach dokumentiert und kritisiert worden, und doch kann ihre Bedeutung gar nicht genug betont werden. Insbesondere für Kinder und ihre Familien bedeutet es, dass sie unter höchst erschwerten Bedingungen zueinander finden. Die Verfahren zur Familienzusammenführung sind komplex und dauern teilweise lange. Das führt dazu, dass einige Kinder auf eigene Faust versuchen, ihre Familien zu erreichen. Besonders hier sind Kinder daher erhöhte Menschenhandels- und Ausbeutungsrisiken ausgesetzt

Diese rechtlichen Rahmenbedingungen prägen auch die Entwicklung vieler Kinder: Save the Children beobachtet immer wieder schwerwiegende, langfristige negative Einwirkungen für psychische und physische Gesundheit der Kinder, die durch die traumatischen Erlebnisse in der Heimat oder auf der Flucht noch verstärkt werden.

## **Kinder erfahren keinen Schutz und haben einen eingeschränkten Zugang zu Hilfesystemen**

Aber selbst wenn es gelingt, Zugang zu den Asylsystemen in Europa zu erhalten, bedeutet dies nicht immer langfristigen Schutz für diese Kinder: Die sogenannte Schutzquote, also die Anzahl der Menschen, die einen Schutzstatus in EU-Ländern erhält, sinkt in manchen EU-Ländern kontinuierlich.

Länder wie Finnland, Schweden, Norwegen, Dänemark haben neue Beschränkungen eingeführt, wie z. B. den Nachweis eines hohen Einkommens oder den Nachweis von Sprachkenntnissen, die Kindern den Zugang zu Familienzusammenführung und die Verlängerung ihrer Aufenthaltsgenehmigung erschweren.

Inadäquate Asylsysteme lassen Kinder immer wieder ohne Schutz und ohne Zugang zu sozialen Unterstützungsleistungen zurück. So haben Menschen in Griechenland beispielsweise ohne das Vorliegen einer sogenannten Asylbewerber\*innenkarte nur eingeschränkten Zugang zum Gesundheitssystem. Das Fehlen eines sicheren und dokumentierten Rechtsstatus erschwert Kindern zudem den Zugang zum nationalen Bildungssystem. In Spanien haben die Beschränkungen bzw. die Verweigerung von Sozialleistungen in einigen Fällen dazu geführt, dass geflüchtete Kinder und ihre Familien wohnungslos wurden.

## **Die Reaktion auf den Krieg in der Ukraine - Eine Blaupause für die Zukunft?**

Auch Kinder aus der Ukraine stehen vor enormen Herausforderungen und waren auf der Flucht erheblichen Risiken ausgesetzt. Sie sind vor einem verheerenden Konflikt geflohen, wurden von Familienmitgliedern und geliebten Menschen getrennt und sollen sich nun an eine neue Umgebung, mit einer anderen Sprache und kulturelle Gegebenheiten, ihren Zufluchtsländern anpassen. Diese Herausforderungen sind gravierend, und bedeuten, dass diese Kinder unsere Unterstützung bedürfen.

Aber viele der oben skizzierten Schwierigkeiten bestehen für diese geflüchtete Gruppe nicht: Sowohl in Bezug auf Zugang zu Schutz, Ankunft und Eingliederung in die Aufnahmeländer bestehen rechtliche und tatsächliche Erleichterungen. Denn sie haben die Möglichkeit, unproblematisch in die europäischen Staaten einzureisen, sich als Schutzsuchende zügig registrieren zu lassen, haben einen erleichterten Zugang zu Sozialleistungen erhalten und können den Wohnort in der Regel nach ihren Bedürfnissen selbständig auswählen.

Die sogenannte EU-Massenzustroms-Richtlinie mag zwar eine temporäre Lösung sein, und die jeweiligen nationalen Regierungen haben große Herausforderungen, allen Kindern aus der Ukraine den bestmöglichen Schutz und Unterstützung zu gewähren.

Trotz allem bemerkte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, in ihrer Rede zur Lage der Union 2022 an, dass die Aufnahme von geflüchteten Personen aus der Ukraine eine "Blaupause für die Zukunft" sein könne und dass Europa die Migration mit Würde und Respekt bewältigen müsse. Das ist ein wichtiger Impuls, der auch in die politischen Verhandlungen über den EU-Asyl- und Migrationspakt hineinwirken muss. So positiv diese Regelungen waren, dürfen sie doch keine Ausnahme bleiben.

Save the Children fordert deshalb die Entscheidungsträger auf EU- und nationaler Ebene auf, sich für die Rechte von Kindern einzusetzen und sicherzustellen, dass allen Kindern, die in Europa Sicherheit suchen, sichere und legale Einreisewege, Bewegungsfreiheit, Schutz und Unterstützung geboten werden, um ihr Leben neu zu beginnen.

## Zentrale Empfehlungen an die europäischen Staaten

Die europäischen Regierungen, EU-Institutionen und Mitgliedstaaten sollten:

1. Allen Kindern, die aus der Ukraine geflohen sind, langfristigen Schutz und Unterstützung gewähren
  - Sie sollten sich verpflichten, dass der Gebrauch der EU-Massenzustrom-Richtlinie so lange Anwendung findet, bis eine sichere Rückkehr in die Ukraine gegeben ist
  - Sie sollten Schulkapazitäten, psychosoziale Unterstützungsleistungen, Sprachkurse und Freizeitaktivitäten weiter für Kinder aus der Ukraine ausbauen
2. Etablierte Praktiken, die auf Grundlage der EU-Massenzustrom-Richtlinie implementiert wurden, sollen allen schutzsuchende Kinder, die in Europa Sicherheit suchen, Anwendung finden
  - Sie sollten geflüchteten Kindern und ihren Familien sichere und legale Einreisemöglichkeiten nach Europa bieten und sicherstellen, dass Menschenrechte und die Rechte aus der UN-Kinderrechtskonvention an den Grenzen und innerhalb des Landes unter allen Umständen uneingeschränkt geachtet werden
  - Sie sollten allen Kindern, die in Europa Sicherheit suchen, einen einfachen Zugang zu Schutz, Unterstützungs- und Sozialleistungen gewähren und zwar ohne Diskriminierung und unter uneingeschränkter Berücksichtigung des Wohls jedes Kindes (Art. 3 UN-KRK)
3. Die Rechte aus der UN-Kinderrechtskonvention in den Mittelpunkt des Pakts zu Migration und Asyl stellen
  - Sie sollten sicherstellen, dass der Pakt einen raschen Zugang zu Schutz sowie Familienzusammenführung bietet. Ein Verbot von Inhaftierungen von Kindern und jede weitere Maßnahme, die die Freizügigkeit beschneidet, sollte eingeführt werden.
  - Sie sollten sicherstellen, dass der Pakt ein europäisches Asylsystem schafft, das auf der Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten beruht und ein Monitoring vorsieht, um die vollständige Einhaltung der Menschenrechte zu gewährleisten und den Zugang zu Schutz nicht einschränkt.

## Weitere Empfehlungen an die Bundesregierung:

- Der Rechtskreiswechsel von Asylbewerberleistungsgesetz in das Sozialgesetzbuch II muss für alle geflüchteten Kinder umgesetzt werden – damit diese sofortigen Zugang zu umfassenden Unterstützungs-, Sozial und Integrationsleistungen bekommen
- Alle Kinder und ihre Familien sollten bei Ankunft sofort ihren Wohnort nach ihren Bedürfnissen selbstbestimmt auswählen können

- Legale Einreisemöglichkeiten müssen weiter ausgebaut werden - wie eine notwendige Ausgestaltung des Geschwisternachzugs, um einen Nachzug für minderjährigen Geschwisterkinder zu ermöglichen

Für Rückfragen steht Marvin Mc Neil, Advocacy Manager für Flucht & Migration: [marvin.mc-neil@savethechildren.de](mailto:marvin.mc-neil@savethechildren.de) gerne zur Verfügung.

---

Save the Children unterstützt Kinder auf der Flucht in ganz Europa. Die Kinderrechtsorganisation hilft bei der Registrierung und Unterbringung, bietet psychosoziale Betreuung an und unterstützt Kinder beim Zugang zu Bildung. Auf politischer Ebene setzt sich Save the Children für dauerhafte Lösungen, die Verbesserung der Schutzsysteme sowie bessere Gesetze und Verfahren ein.

---